Zeitschrift: Schweizer Monatshefte : Zeitschrift für Politik, Wirtschaft, Kultur
Herausgeber: Gesellschaft Schweizer Monatshefte
Band: 35 (1955-1956)
Heft: 11

Rubrik: Stimmen der Weltpresse

Nutzungsbedingungen
Die ETH-Bibliothek ist die Anbieterin der digitalisierten Zeitschriften auf E-Periodica. Sie besitzt keine Urheberrechte an den Zeitschriften und ist nicht verantwortlich für deren Inhalte. Die Rechte liegen in der Regel bei den Herausgebern beziehungsweise den externen Rechteinhabern. Das Veröffentlichen von Bildern in Print- und Online-Publikationen sowie auf Social Media-Kanälen oder Webseiten ist nur mit vorheriger Genehmigung der Rechteinhaber erlaubt. Mehr erfahren

Conditions d'utilisation
L'ETH Library est le fournisseur des revues numérisées. Elle ne détient aucun droit d'auteur sur les revues et n'est pas responsable de leur contenu. En règle générale, les droits sont détenus par les éditeurs ou les détenteurs de droits externes. La reproduction d'images dans des publications imprimées ou en ligne ainsi que sur des canaux de médias sociaux ou des sites web n'est autorisée qu'avec l'accord préalable des détenteurs des droits. En savoir plus

Terms of use
The ETH Library is the provider of the digitised journals. It does not own any copyrights to the journals and is not responsible for their content. The rights usually lie with the publishers or the external rights holders. Publishing images in print and online publications, as well as on social media channels or websites, is only permitted with the prior consent of the rights holders. Find out more

Download PDF: 11.07.2025

ETH-Bibliothek Zürich, E-Periodica, https://www.e-periodica.ch

Die Aneignung fremder Kunst und Künstler kennzeichnet überhaupt die englische Geschichte. Ein Ausdruck dieser Neigungen ist der alte Sammlergeist, dem England die größten Kunstsammlungen verdankt. Um 1600 führt dort in der Architektur der Stil Palladios, blüht das italienische Madrigal (dessen sämtliche Hauptmeister in Italien Flämen waren); später bringen Händel und Haydn die italienische Musik nach England. Genau hundert Jahre vor van Dyck ist Holbein der Hofmaler Heinrichs des achten. Ihm folgen andere flämische Porträtisten in England: der weitgereiste Anthonis Mor, Marc Gheeraerts, der Meister des elisabethanischen Porträts; die unmittelbaren Vorgänger van Dycks als Hofporträtisten Jakobs des ersten sind die Flämen Paul von Somer und Mytens. Wiederum über die Zeiten hinweg berührt sich van Dyck mit Holbein. Manche Züge sind ihnen gemeinsam: ihr übernationales Künstlertum, die höfische Wirksamkeit in England, die distanzierte, vornehme Menschenwiedergabe im Bildnis.

Abschließend sei ein Hinweis auf die zehn Bilder van Dycks in der Schaffhauser Ausstellung flämischer Meister erlaubt. Er war der einzige Künstler, der an dieser Schau eine seiner Bedeutung gerecht werdende Vertretung erhielt. Das schönste Beispiel der ersten Antwerpener Zeit war das Familienbild — ein Gruppenstück unter Rubens' Einfluß; dazu kamen die selbstporträthafte Kopfstudie und der Verrat Christi, eine kleinere Version der endgültigen Fassung im Prado. Aus der italienischen Zeit stammte nur ein einziges, dafür um so kostbareres Werk, der halbfigurige junge Mann in Rüstung, aus der zweiten Antwerpener Zeit das ebenfalls vorzügliche Bildnis Simons'. Für die letzte Entfaltung seiner Bildniskunst zeugten die vier gleicherweise großartigen Ganzfiguren; die große Beweinung malte van Dyck bei einem flämischen Aufenthalt für Abt Scaglia, gleichzeitig mit dem ausgestellten Porträt des Abtes.

Marcel Röthlisberger

STIMMEN DER WELTPRESSE

Feldmarschall Lord *Montgomery*, der stellvertretende Oberbefehlshaber der *NATO*, hielt am 12. Oktober vor der «Royal United Service Institution» einen auch für uns bedeutsamen Vortrag, der in der Zeitschrift *Außenpolitik* (Heft 12, 1955) in deutscher Übersetzung vorliegt. Der globale Krieg der Zukunft wird darin völlig unter dem Gesichtswinkel einer *Neuorganisation der westlichen Verteidigung* betrachtet, da ihr jetziger Zustand ungenügend sei. Der Marschall entwickelt diese vernichtende Kritik an der Darstellung der westlichen Strategie und ihren Voraussetzungen. Erstere muß im Kriegsfall sofort mit Nachdruck darauf ausgehen, die Luftherrschaft zu erringen; sie wird zweitens die Meere sichern, um die Transporte gewährleisten zu können, und schließlich werden die Landstreitkräfte den Feind am Vordringen hindern, da ohne ihren Widerstand alle andern Erfolge sinnlos würden. Solche Pläne haben nun aber die heutige wissenschaftliche Revolution auf das sorgfältigste zu berücksichtigen: die gewaltige Steigerung der Feuerkraft durch Atomwaffen, deren weitere Entwicklung zu befürchten ist, und der Ausbau der Transportmöglichkeiten, der das Tempo eines künftigen Krieges steigern wird, zwingen zu neuer Konzeption: Montgomery fordert Entscheidungsgewalt und globale Führung einer einzigen militärischen Befehlsstelle, die wiederum einer einzigen politischen Behörde untersteht. Ihre Weisungen sollen direkt an die

drei eng integrierten Wehrmachtsteile ergehen, von denen die strategische *Luftmacht,* aus ihrer Stellung als Hilfswaffe entlassen, zur entscheidenden, eigentlichen Offensivkraft in der Hand eines einzigen Befehlshabers wird, da ihr die Hauptrolle des Kampfes zufällt. Erst nach Erringung der Luftherrschaft kann eine Aufteilung in Luftflotten erfolgen. Die taktischen Luftstreitkräfte werden von der Verteidigung des Luftraums entbunden und bleiben, mit Raketen und Kernwaffen ausgerüstet, der unmittelbaren Zusammenarbeit mit den Erdtruppen zugewiesen.

Sollte es nicht gelingen, den Gegner durch die Luftmacht abzuschrecken, so ist Europa auf die Seeverbindungen angewiesen. Die *Kriegsmarine* behält damit ihre volle Bedeutung zur Sicherung der Transporte, aber auch darüber hinaus, wenn man berücksichtigt, daß sie nach einem überraschenden Atomangriff vielleicht die einzige noch intakte Macht darstellt. Der Marschall wünscht daher neben Flugzeugträgern eine große Anzahl kleinerer Schiffe, die Abschußbasen für Raketengeschosse bilden und nötigenfalls auch in Flüsse eindringen können. — Der erfolgreiche Widerstand erfordert ferner «schlagkräftige, gutausgebildete, hochdisziplinierte» *Landarmeen.* Auch hier wird eine Reorganisation notwendig, da namentlich die Ersatzheere auf den Atomkrieg nicht vorbereitet sind. Montgomery erkennt die Schwierigkeit, gleichzeitig auf einen globalen, atomaren Krieg und auf einen begrenzten, konventionellen Kampf gerüstet zu sein. Er empfiehlt die zahlenmäßige Verringerung der Streitkräfte, die Erhöhung ihrer Feuerkraft und Beweglichkeit, ferner den Abbau des Nachschub- und Verwaltungsapparates sowie der Kommandostellen. Die bestehenden spezialisierten Divisionen wünscht er in «Standard-Divisionen» umgestaltet, die imstande sind, rasch offensiv vorzugehen und dennoch über die nötige Stärke verfügen, um standzuhalten. Dementsprechend sind sie in drei Kampfgruppen zu gliedern, deren jede über Infanterie, Artillerie und Panzer verfügt. Ohne Panzer ist der Kampf nicht zu führen, sie gehören zum «unabdingbaren Bestand» jeder Division und sind überdies als Stoßreserve in Brigaden zusammengefaßt. Eine zweijährige Dienstzeit zur Schulung der Truppen betrachtet er als militärische Notwendigkeit. — Die zukünftige Mobilisation, welche neben den Truppen die ganze Nation in einer starken Zivilverteidigung umfassen muß, wird dem Tempo des Überraschungsangriffs unterworfen sein. Daher müssen bestimmte Streitkräfte sofort zur Verfügung stehen und eingreifen, während die Reserve trotz den Zerstörungen, nötigenfalls einzeln, rasch ihren Bestimmungsort erreicht. — Die wirtschaftliche Belastung erfährt eine Steigerung durch die doppelten, herkömmlichen und atomaren Kriegsvorbereitungen. Sie kann nur bewältigt werden, wenn überall das Prinzip der Kräfteersparnis angewendet wird. Dazu gehört unter anderem, daß die Rivalisierung der Waffenzweige, welche die Tendenz verfolgen, alles selbst zu bewältigen, durch engste Integrierung unter fester Leitung unterbunden wird. Die Politiker sollen sich über diese Dinge eine eigene Meinung bilden und auf die Berichte von Ausschüssen usw. verzichten. Nur dann wird es schließlich möglich sein, das Verhältnis von Luft-, See- und Landstreitkräften richtig zu bestimmen und in engster Zusammenarbeit mit der Wissenschaft, deren Neuerungen ständig zu berücksichtigen sind (Montgomery erwähnt die Erdsatelliten), eine Organisation zu schaffen, die den Krieg gewinnen kann. Der Beitrag des Soldaten, den Krieg zu verhindern, besteht darin, den Politikern für den Aufbau einer *Pax Atomica* ein mächtiges Abschreckungsmittel zu verschaffen.

Die gutorientierte amerikanische Wochenzeitung *News week* veröffentlichte in ihrer Nummer vom 28. 11. 1955 interessante Angaben über den *sowjetischen Plan* zur *kommunistischen Durchsetzung Afrikas,* den ein nach Westen abgesetzter Mitarbeiter des Geheimdienstes eines Satellitenstaates bekannt-

gegeben hat. Der kurz nach der Bandung-Konferenz genehmigte Plan sieht vor: Infiltrierung Afrikas von Tunis bis Kapstadt, von Dakar bis Madagaskar. Unterstützung aller nationalistischen Bewegungen durch die bestehenden kommunistischen Organisationen sowie durch die Organisationen der kommunistischen Front. Volle Unterstützung aller Formen der revolutionären Gewalt und des religiösen Fanatismus. — Zur Durchführung dieser Politik wurde *Mikhail A. Suslow* bestimmt, Chef des Internationalen Büros der Kommunistischen Partei und Mitglied des Parteipräsidiums. Unter den drei ihm direkt unterstellten führenden Parteivertretern ist speziell Shepilow zu nennen, dem Titel nach Chefredaktor der «Prawda», in Wirklichkeit das Gehirn der sowjetischen Schritte in Afrika. Die Durchführung umfaßt folgende vier Hauptgebiete: 1. Sonderschulungskurs für Eingeborene in der Tschechoslowakei, mit einem Nebenzweig in Budapest. Die in allen Gebieten rekrutierten Agitatoren werden als «Studenten» nach Prag hinein- und wieder herausgeschmuggelt und zwar über den alten jüdischen Fluchtweg zur Zeit des Dritten Reiches, Bratislawa-Konstanza-Varna. 2. Tschechoslowakische «Expeditionen» nach Afrika: unter dem Deckmantel wissenschaftlicher Forschung wird das Land von gut ausgebildeten Propagandaexperten durchzogen. 3. Bildung einer im Untergrund bleibenden, militärischen Organisation. Zu dieser Gruppe gehören auch Reste des früheren sowjetischen «Verbandes der spanischen Freiheitskämpfer». 4. Infiltration religiöser Missionen. Die geistliche Betreuung der vielen in den afrikanischen Kolonien angesiedelten Weißrussen erfolgt durch Missionare der russisch-orthodoxen Kirche, von denen viele kommunistische Agenten sind. Als der gefährlichste gilt der Priester Waldris, genannte «The Devil's Enemy». — Es folgen sodann Instruktionen über das Vorgehen in den einzelnen Ländern.

In *China* vollzieht sich zur Zeit die *gewaltigste soziale Revolution* der Geschichte. Die Agrarfrage, um deren endgültige Lösung es geht, war in diesem ältesten Bauernland seit jeher ein brennendes Problem, und man tut gut, sich etwa an die Reformversuche des Wang Mang (9—23 n. Chr.), an die Neuverteilung des Grundbesitzes von 624, an Wang An Shih (11. Jh.) und an die Mingreformen (1368—1644) zu erinnern, wenn man die neuesten Versuche der kommunistischen Regierung beurteilen will. Während es früher allgemein um Landverteilungen und damit um eine Befreiung der Bauern von der Gentry, d. h. den Grundbesitzern ging, handelt es sich heute um das Gegenteil: nämlich um eine Versklavung der Bauernschaft durch Kollektivisierung aller ihrer Betriebe. Mehr als eine Lösung ökonomischer und sozialer Probleme ist dieses Vorgehen ein Mittel, den kommunistischen Staat zu festigen. Über die Durchführung dieser 2. Stufe der Revolution informieren uns übereinstimmend chinesische, russische, rumänische, englische und deutsche Berichte [1]). Die folgende Zusammenfassung soll kurz den Inhalt der entscheidenden, erst im Oktober bekannt gewordenen Rede *Mao-Tse-tungs* vom 31. Juli 1955 vor den Sekretären der Provinz-, Stadt- und Kreiskomitees der Kommunistischen Partei Chinas wiedergeben. Sie vermag leider nicht, die psychologische Geschicklichkeit Maos, sein raffiniertes Spiel mit den Begriffen Freiheit, Besitz, Überzeugung, Begeisterung und Zwang darzustellen: Das Fernziel der KP Chinas ist die Vollendung der sozialen Revolution; sie kann nicht ohne großartige Entwicklung der Industrie,

---

[1]) Vgl. R. Hsia, «Economic Planning in Communist China», Cambridge 1953; «New China News Agency», Peking 24. 9. 1954 u. 16. 10. 55. «Prawda», Moskau 19. 11. 55. «The Manchester Guardian», 7. 11. 55. «Die Sowjetunion das leuchtende Vorbild des sozialistischen Aufbaus für China» von Bo I-bo, Mitglied des ZK der KP Chinas, aus «Für dauerhaften Frieden, für Volksdemokratie!», Bukarest 4.—10. 11. 55. «Rheinischer Merkur», 16. 12. 55.

diese wiederum nicht ohne Verstaatlichung der Landwirtschaft erfolgen. Denn nur in Großbetriebe aufgeteilt wird letztere fähig sein, rentabel zu arbeiten und der Schwerindustrie ihre Produkte abzunehmen. Der Staat, der die Kontrolle des Austausches übernimmt, gewinnt Kapital und die Möglichkeit, auch die Leichtindustrie in Gang zu bringen. Erste Bedingung, und nicht etwa voreilig, wie viele Parteimitglieder wähnen, ist daher die Vergenossenschaftlichung der Landwirtschaft (Mao meidet das Wort Kollektivisierung, weil es zu sehr an die schrecklichen Vorgänge in Rußland erinnert). Bereits wurden hierin Fortschritte erzielt. Bis Juni 1955 entstanden 650 000 Genossenschaften mit insgesamt 16,9 Mill. Bauernfamilien, was einem Durchschnitt von 26 Familien entspricht. Aber was erreicht wurde und auch was in den Plänen der KP gefordert wird, genügt nicht. Bis zur Herbsternte 1956 ist eine 100prozentige Erhöhung auf den Stand von 1 300 000 Produktionsgenossenschaften notwendig. Die Kernfrage bleibt indessen, ob diese gewaltige Umstellung konsolidiert werden kann. Die Parteikader, welche die Umorganisation leiten, werden große Widerstände zu überwinden und ungeheure Probleme zu lösen haben. Es gilt, exakte Vorbereitungsarbeit zu leisten. Neben den eigenen Erfahrungen müssen diejenigen der Sowjetunion nutzbringend verwendet werden. Die Erfolge sind nicht nur nach der Zahl der Neugründungen, sondern nach deren Qualität und Produktionsfähigkeit zu beurteilen. Die Mitarbeit der Landwirte ist von größter Wichtigkeit. Die KP wird sich daher auf die 60—70% der Klein- und Mittelbauern stützen, denen es «noch» nicht gut geht. Ihre Unzufriedenheit wird sie dem Neuen zuführen. Aus ihnen sollen die Aktivisten gewonnen werden, die imstande sind, auch andere zu überzeugen, denselben ein höheres ideologisches Bewußtsein und damit die nötige Begeisterung zu vermitteln. Im Gegensatz zur Kulakenvernichtung in der Sowjetunion soll das Werk auf freiwilliger Basis erfolgen. Bauern, welche die Vergenossenschaftlichung ablehnen, können ihr zunächst fernbleiben; auch Austritte sind möglich, aber bestehende Genossenschaften sollen nicht leichtfertig aufgelöst werden, wie dies auch schon geschehen ist. Man soll überzeugen, aber keinen Zweifel darüber lassen, daß einmal die ganze Landwirtschaft verstaatlicht sein wird. Der Prozeß der Umgestaltung findet schrittweise statt. Wie China selbst den Weg zum Sozialismus über die Zwischenstufe des Staatskapitalismus beschreitet, so kennt auch die Agrarreform Übergangsstadien. Der erste Schritt besteht darin, die Bauern auf der Grundlage der Freiwilligkeit und des individuellen Gewinnanteils zu «Gemeinschaften der gegenseitigen Bauernhilfe» sammenzufassen. Der zweite Schritt ist die Gründung von «kleinen, halbsozialistischen Produktionsgenossenschaften» in die der Landbesitz einzubringen ist und wo die Arbeit gemeinsam verrichtet wird. Dies führt schließlich zur Organisation von «großen, echt sozialistischen Produktionsgenossenschaften». Auf diese Weise soll eine sukzessive Änderung des ideologischen Bewußtseins, aber auch eine Verhinderung der rückläufigen Ernteergebnisse in den nächsten zwei Jahren erfolgen. Durch Beseitigung der reichen Bauern und der Privatwirtschaft wird schließlich «die gesamte ländliche Bevölkerung wohlhabend und glücklich» werden. Umfassende Planung und feste Führung seitens der Partei sind die Voraussetzungen dazu. — Mao hat in seiner Rede das neue Ziel genannt: Nach vorübergehendem Rückschlag, Beschleunigung des Tempos und restlose Kollektivisierung bis 1960! Nur 6 Jahre nach seiner Machtergreifung fühlt er sich stark genug, die zugleich brutalste und erfolgloseste Maßnahme des Stalinismus zu übernehmen. Mit sowjetischer Hilfe und nach sowjetischem Vorbild sollen Zwangsindustrialisierung und Zwangskollektivisierung zum Aufbau einer sozialistischen Kultur führen. Wenn dabei aber 500 Millionen chinesischer Bauern, denen bisher Familie und Besitz heilig waren, zu Arbeitern genossenschaftlicher Betriebe werden sollen, so ist dies

eine soziale Umwälzung von allergrößter Tragweite, neben der selbst die Vorgänge in Rußland verblassen. Dabei steht heute schon zu befürchten, daß auch die 10 Millionen Bauern, welche die Sowjets im Verlaufe ihrer Kollektivisierung ermordeten oder verhungern ließen, nur ein Bruchteil der chinesischen Opfer ausmachen werden.

Über die *Tagespresse in Schweden* orientiert *Sven Boman* in den Monatsheften der *Hochschule für Politische Wissenschaften* in München, *Politische Studien* (Heft 62). Die erste Zeitung Schwedens erschien 1632 in Leipzig in deutscher Sprache als Nachrichtenblatt Gustav Adolfs, mit den letzten Neuigkeiten aus dem Kriege. Die schwedischen Zeitungen sind an ein großes Maß von Freiheit gewöhnt, das ihnen bereits 1766 garantiert wurde. Diese älteste gesetzliche Bestimmung über die Pressefreiheit wurde wiederholt modernisiert, zuletzt 1949. Die Verantwortung für den Zeitungsinhalt liegt beim verantwortlichen Redaktor. Das schwedische Pressegesetz sichert den Zeitungen die volle Publizität für alle allgemeinen Vorgänge und zwingt damit die Verwaltung, mit offenen Karten zu spielen. Schweden zählte 1953 230 Tageszeitungen mit einer Gesamtauflage von 3,5 Mio für 7,3 Mio Einwohner. Auf 100 Einwohner kommen somit täglich 50 Zeitungen (USA 38, Großbritannien 60). Bemerkenswert ist die Tatsache, daß die Sozialdemokraten nur 16,8 Prozent der Gesamtauflage der Zeitungen liefern, 1952 aber 46 Prozent der Wahlstimmen erreichten und damit erneut die Mehrheit errangen. Ohne Zweifel hat der zweite Weltkrieg das Interesse des schwedischen Volkes an den Zeitungen verstärkt. Die schwedischen Blätter widmen dem Sport viel Raum. Das Niveau der Journalisten wird als gut bezeichnet. Seit 1916 besteht eine freiwillige Ehrengerichtsbarkeit, die gemeinsam vom Club der Publizisten, der Verlegervereinigung und dem Journalistenverband geschaffen wurde. Eine Vereinbarung zwischen der Arbeitgebervereinigung für das Zeitungsgewerbe und den entsprechenden Gewerkschaften schließt jeden Streik oder Boykott aus und wurde 1954 verlängert bis 1962.

Mit gewohnter Prägnanz zeichnet Dr. *Fritz Hauenstein,* einer der Herausgeber der Frankfurter *Gegenwart,* in deren Nr. 26/1955 unter dem Titel: *Reich und arm* eine geistvolle und zum Nachdenken anregende Skizze der *ökonomischen Hochkonjunktur.* Der Autor sieht seine Aufgabe nicht darin, die genügsam bekannten Elemente der Vollbeschäftigung, wie Sparen, Vermögensbildung und Kredit, zu klären; ihm ist vielmehr daran gelegen, an Hand des großen Anteils des Staates und der Unternehmen an der Prosperität (in Westdeutschland 1954 rund drei Viertel des Ersparten im Gesamtbetrage von über 27 Milld. DM) zu zeigen, daß die volkswirtschaftliche Gesamtrechnung mit ihren stolzen Rekorden leicht zu falschen Vorstellungen über den individuellen Anteil an Einkommen und Vermögen leiten kann. Ein geradezu erschütterndes Dokument für diese Kehrseite der Medaille, für die Tatsache, daß der Wohlstand die Armut keineswegs beseitigt hat, führt der Verfasser an: die Untersuchung für West-Berlin im Rahmen eines Forschungsauftrages an dessen Freie Universität hat ergeben, daß 22% oder 480 000 Menschen in West-Berlin nicht über das Existenzminimum verfügen. Mit Hauenstein muß man der Meinung sein, daß der demokratische Westen schon aus wohlverstandenem Eigeninteresse allen Anlaß hat, diesem Übelstand beschleunigt auf den Leib zu rücken; «was es in blühendem Wohlstand nicht geben darf, ist die Not derer, die durch den Staat arm geworden sind, die Alten vor allem, die ihre Heimat, ihren Besitz, ihre Ersparnisse verloren haben».

Eine eingehende und gut fundierte Untersuchung *der japanischen Stellung in der Weltwirtschaft* von Dr. *Lutz Köllner* und Dr. *Hannedore Kahmann* in Nr. 20 des Frankfurter *Europa-Archivs* findet in einer Zeit, in der Japan mit vollen Segeln auf die Wiederge-

winnung seines Platzes im internationalen Warenaustausch hinsteuert, die rege Aufmerksamkeit ihrer Leser. Zunächst wird den Besonderheiten des japanischen Industrialisierungsprozesses nachgegangen. Wir können in unserem Referat die Darstellung des wirtschaftlichen Werdeganges Japans bis zum Ende des zweiten Weltkrieges unberücksichtigt lassen; sein für das ostasiatische Inselreich unglücklicher Ausgang hat die ökonomische Lage von Grund auf verändert. Das zeigt z. B. die prozentuale Verschiebung in der Verteilung des japanischen Volkseinkommens vom früheren Zins- und Grundrenten- zum Lohneinkommen und Unternehmergewinn; das ergibt sich aus der radikalen Umschichtung der Außenhandelsstruktur und aus der Notwendigkeit einer Kompensation für die starke Bevölkerungsvermehrung (1870 32, 1930 64 und 1955 bereits 90 Mio Einwohner) durch Erweiterung der industriellen Produktion. So hat sich die Abhängigkeit vom Nahrungsmittel- und Rohstoffbezug aus der Fremde bedrohlich verschärft; er muß mit steigendem Export bezahlt werden, der Außenhandel ist für Japan zum Lebensnerv geworden. — Der Wiedereintritt Japans in die weltwirtschaftliche Verflechtung hat bei seinen Konkurrenten den Vorwürfen der Industriespionage und des Dumpings neue Nahrung gegeben. Die Verfasser lassen es offen, ob der Verdacht eines unlauteren Wettbewerbs gegen die japanische Exportware berechtigt ist. Sie verfechten die Meinung, daß ein Dumping im Sinne des Art. VI des GATT nicht festzustellen sei; hier handle es sich vielmehr um einen komparativen Kostenvorteil der niedrigen Löhne in der japanischen Konsumgüterindustrie. Wie dem auch sein mag: die Absatzmärkte für das ostasiatische Inselreich sind in Bewegung geraten. Der Zwang zum Export legt es für Japan inmitten einer Vielzahl von halbindustrialisierten und unterentwickelten Ländern nahe, Handelsanschluß an die Industriegebiete Europas und Nordamerikas zu suchen. Dies um so mehr, als das Festland Ostasiens, früher ein bedeutender Lieferant von Rohstoffen und ein bevorzugter Empfänger seiner Fertigprodukte — in den Dreißigerjahren deckte China allein bis zu einem Viertel der japanischen Gesamteinfuhr und nahm bis zu 49 % der Gesamtausfuhr Japans auf — heute aus politischen und wirtschaftsstrukturellen Gründen für Japan fast völlig (bis auf 0,4 und 0,6 %) ausgefallen ist. — So wurde Japan veranlaßt, ein verwickeltes System von Maßnahmen zur Exportförderung auszubauen. Zur Deflationspolitik gesellt sich das sogenannte «Link-System», das die Zuteilung von Devisen für den Import von Rohstoffen und Halbwaren an den Nachweis des Exportes von Fertigwaren bindet. Es kommen die auch sonst in der Welt gebräuchlichen exportstimulierenden Mittel hinzu, wie Devisenbonus, Exportkredite und Steuervergünstigungen. Unter solchen Umständen war es kein Wunder, daß im konkurrierenden Ausland heftige Kritik an diesem System einsetzte; sie ergab auf der letzten GATT-Konferenz in Genf für Japan die peinliche Situation, daß 14 Vertragsstaaten des GATT, darunter Großbritannien, Frankreich, die Beneluxländer und Australien, die Ausweichklausel nach Art. XXXV des GATT gegen Japan für sich in Anspruch nehmen. Die Arbeit der Verfasser klingt in die pessimistische Prognose aus: «Die Fortführung des Industrialisierungsprozesses und die Ausweitung des Außenhandels sind *die* Existenzprobleme Japans; doch gerade ihrer Lösung haben sich in den letzten Jahren durch die Umordnung der Weltwirtschaft und die Umorientierung des Welthandels kaum überwindbare Hindernisse entgegengestellt.»